



## **Gesetzentwurf**

der Fraktion der SPD

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung zur Aufnahme  
des Rechts auf angemessenen Wohnraum**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

#### **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 2. Dezember 2014, zuletzt geändert am 19.12.2016 (GVOBl. S. 1008) wird wie folgt geändert:

Nach Artikel 13 wird folgender Artikel 13 a eingefügt:

#### „Artikel 13 a

##### Angemessene Wohnung

1) Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse.

2) Die Räumung einer Wohnung darf nur vollzogen werden, wenn Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Bei einer Abwägung der Interessen ist die Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens besonders zu berücksichtigen.“

### **Artikel 2**

#### **Inkrafttreten**

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

#### **Begründung**

Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen. Insbesondere in den Ballungsgebieten wird es für breite Bevölkerungsgruppen zunehmend schwieriger, angemessene Wohnungen zu einem für sie bezahlbaren Preis zu erhalten. Mit Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Auszubildende, Bürgerinnen und Bürger ohne oder mit geringem Einkommen und Geflüchtete konkurrieren gerade die schwächsten Gruppen um den vorhandenen Wohnraum. Die Gesellschaft darf jedoch nicht an dieser Frage gespalten werden. Alle politischen Ebenen müssen daher gemeinsam durch eine aktive Wohnungsmarkt- und Förderpolitik dafür Sorge tragen, dass eine soziale Spaltung verhindert wird. Um dieses herausgehobene gesamtgesellschaftliche Ziel hervorzuheben, wird mit diesem Gesetzentwurf eine Aufnahme in die Landesverfassung erreicht und somit die Schaffung und der Erhalt von Wohnraum zum Staatsziel erhoben. Zudem wird der Verdrängung von breiten Bevölkerungsgruppen aus Gebieten mit steigenden Mietpreisen Einhalt geboten.

Özlem Ünsal  
und Fraktion